

Missbrauch und Verbrechen in der Kirche:

10 Fragen an die Politik

1. Vertretung der Opfer: Die einzige kirchenunabhängige Stelle, welche derzeit Opfer kirchlicher Gewalt vertritt, ist unsere private Initiative. Wollen Sie diese Plattform unterstützen? Wenn ja: Wie? Politisch, finanziell? Wenn nein: Warum nicht?

- Die Grünen sind für die Finanzierung einer kirchenunabhängigen Opferhotline aus öffentlichen Geldern.

2. Verjährung: Sind Sie dafür, die gültigen Verjährungsvorschriften für sexuellen Missbrauch wie in anderen Staaten (Schweiz bereits umgesetzt, in Holland in Vorbereitung) abzuschaffen ggf. auch rückwirkend?

- Eine rückwirkende Änderung der Verjährungsvorschriften steht im Widerspruch zur EMRK und ist daher nicht möglich. Wir treten aber dafür ein, dass nach einem ExpertInnen-Round-Table mit PsychotherapeutInnen und StrafrechtlerInnen eine Abschaffung der Verjährungsfristen bei bestimmten Gruppen von Sexualdelikten ernsthaft geprüft wird. Sollten sich die bestehenden Verjährungsfristen hinsichtlich der spezifischen Situation von Opfern sexueller Gewalt als nicht angemessen erweisen, muss es zu Änderungen kommen.

3. Aufarbeitung: Irland: Erst durch die unabhängige staatliche Untersuchungskommission wurde das wahre Ausmaß der jahrzehntelangen kirchlichen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche bekannt. Planen Sie eine ähnliche Kommission bzw. sind Sie dafür eine ähnliche Kommission einzusetzen? Wenn nicht, warum nicht?

- Die Grünen sind für die Einrichtung einer staatlichen Untersuchungskommission, die Gewalt und sexuellen Missbrauch in kirchlichen Einrichtungen, aber auch staatlichen Heimen untersucht und konkrete Vorschläge macht, wie man den Betroffenen im Einzelfall helfen kann.

4. Klasnic-Schönborn Kommission: Die österr. Justizministerin hat die Untersuchungskommission, welche die Kirche selbst eingesetzt hat und selbst bezahlt, als zuständig für die Aufarbeitung der Fälle bezeichnet. Ist es nunmehr Politik dieser Regierung, bzw. wie stehen Sie zu dieser Politik, dass Täterorganisationen grundsätzlich selbst für die Untersuchung und allfällige Aufarbeitung ihrer Vergehen zuständig sind? Darf man also davon ausgehen, dass z.B. die Hypo Alpe Adria selbst mögliche Vergehen untersucht? Falls andere Täterorganisationen nicht selbst ihre möglichen Vergehen untersuchen sollen, warum wurde dies gerade der kath. Kirche zugestanden?

- Die Klasnic-Kommission ist eine kirchliche Initiative ohne formale Rahmenbedingungen, die von der katholischen Kirche in Eigenregie eingesetzt wurde. Viele Betroffene empfinden es nicht als vertrauensfördernd, dass Klasnic mit einer personellen und strukturellen Blankovollmacht ohne kirchenunabhängige

öffentliche Kontrolle, die alleinige Aufarbeitung übernehmen soll. Die Verantwortung dafür trägt auch die Bundesregierung, die sich dafür offensichtlich nicht zuständig fühlt. Außer einigen wenigen halbherzigen Stellungnahmen und dem PR-Gag „Runder Tisch“, hat es keinerlei Aktivitäten der Bundesregierung gegeben.

5. Beweissicherung: Basierend auf einer Anordnung des früheren Leiters der Glaubenskongregation, Kardinal Ratzinger wurden alle Dokumente im Zusammenhang mit Missbrauch in den Vatikan überbracht. en.wikipedia.org
Wir müssen deshalb davon ausgehen, dass in geheimen Kirchenarchiven umfassendes Dokumentationsmaterial über Vorfälle der Vergangenheit lagert. Mit diesen Informationen könnten Täter überführt werden und Opfer ihre Schadenersatzansprüche erfolgreich durchsetzen. Werden Sie die Kirche auffordern diese Archive der Öffentlichkeit und der Justiz gegenüber zu öffnen?

- Wir verlangen, dass die Kirche mit der Staatsanwaltschaft kooperiert und sämtliche Unterlagen zu vertuschten Fällen von sich aus herausgibt.

6. Beweismittel wurden außer Landes geschafft: Wie stellen Sie sicher, dass diese Beweismittel den ermittelnden Staatsanwälten zur Verfügung gestellt werden? Werden Sie an Behörden im Vatikan ein Ansuchen um Amtshilfe (zur Sicherstellung bzw. Beschlagnahmung der Beweismittel) richten? Laufen in Österreich entsprechende Hausdurchsuchungen in kirchlichen Einrichtungen?

- Soweit durch die Anwendungen von Strafgesetzbuch und Strafprozessordnung derartige Ansuchen auf Amtshilfe oder Hausdurchsuchungen gedeckt sind, sind sie durchzuführen.

7. Melde- und Anzeigepflicht: Sexueller Missbrauch wurde von der katholischen Kirche jahrzehntelang systematisch vertuscht. Was jetzt an die Oberfläche kommt, war vielen kirchlichen Verantwortungsträgern längst bekannt. Bisher konnten die Täter aber sicher sein, dass die Kirche keine strafrechtlichen Schritte setzt. Die derzeitige Gesetzeslage sieht keine Pflicht zur Anzeige vor, sind Sie dafür hier Änderungen vorzunehmen?

- Es braucht eine Selbstverpflichtung der Verantwortungsträger der katholischen Kirche bei bekannt werden von Missbrauchsfällen Anzeige zu erstatten. Es geht nicht, dass sich die Führung der Kirche hinter der Gesetzeslage versteckt. Nur weil keine Pflicht zur Anzeige besteht, heißt das nicht, dass nicht angezeigt werden darf. Gesetzlichen Änderungsbedarf sehen wir nicht.

8. Zukunft: Wie wollen Sie **sicher stellen**, dass Kinder und Jugendliche in Zukunft nicht mehr von Mitgliedern der Institution Kirche missbraucht werden?

- Kinder sollen so früh wie möglich lernen, wie sie auf sexuellen Missbrauch wirksam reagieren können. **Zumindest je einmal in der Volksschule und Unterstufe bzw. Hauptschule sollten in ganz Österreich schulexterne Institutionen mit den SchülerInnen zum Thema sexueller Missbrauch arbeiten.** Kinder lernen, was nicht erlaubt ist und wie sie damit umgehen sollen bzw. an wen sie sich um Hilfe wenden können. Eltern und LehrerInnen werden auf das Erkennen von Symptomen von sexuellem Missbrauch geschult und wie sie darauf reagieren sollen. Das ganze wäre gar nicht teuer und würde 350.- Euro pro Klasse kosten. Umgelegt auf ein Bundesland der Größe Niederösterreichs würden jährliche Kosten von lediglich rund 500.000.- Euro entstehen. Vereine, wie "die möwe" bieten das schon an – öffentliche Gelder werden dafür aber kaum zur Verfügung gestellt. Diese Präventionsarbeit wäre der effizienteste Schlag gegen den sexuellen Missbrauch an Kindern, weil Kinder dann in der Lage wären, sich zu wehren.

9. Entschädigung: Viele Betroffene brauchen dringend psychotherapeutische Unterstützung, bzw. haben dafür in der Vergangenheit große Kosten dafür aufgewendet. Es ist für sie allerdings eine enorme Demütigung sich gerade bei der Kirche als derjenigen Organisation, wo die Übergriffe und Verbrechen stattgefunden haben, zu melden und um Kostenerstattung zu bitten.

Viele Betroffene konnten ihr Leben lang nicht die Gewalt verarbeiten, welche Ihnen im Rahmen der Kirche angetan wurde. Sie, ihre Familien und ihr Freundeskreis sind davon stark mitbetroffen. Eine finanzielle Entschädigung wäre symbolisches Zeichen der Wiedergutmachung. Allerdings ist es unzumutbar und neuerlich traumatisierbar, dass dies als Almose von der Kirche gewährt wird. Unterstützen Sie einen staatlichen Fonds, der allen Opfern zu Verfügung steht?

10. Nachdem die Vorfälle in der Kirche, unter Wissen und Vertuschung selbst von Bischöfen geschehen ist, muss die Kirche für diesen Schaden aufkommen. Unterstützen Sie den Vorschlag, dass die Kirche aus ihrem Vermögen diesen Opferfonds speisen muss? Wie sehen Sie die derzeitige Situation, in welcher die Kirche mittels der Klasnic-Schönborn-Kommission direkt Einfluss darauf nimmt, wer bezugsberechtigt und wer nicht bezugsberechtigt ist? Wie sehen Sie die Notwendigkeit einer kirchenunabhängigen Anerkennung von Entschädigung?

- **Die Grünen sind für direkte Verhandlungen der Bundesregierung mit dem Vatikan und der katholischen Kirche Österreich über konkrete Konsequenzen aus dem Missbrauchsskandal. Im Mittelpunkt dieser Verhandlungen muss die Errichtung eines Opferfonds (Erstdotierung 100 Millionen Euro) aus Geldern der Kirche stehen, der sicherstellt, dass die Betroffenen direkt durch die Kirche und unabhängig von Verjährungsfragen entschädigt werden. Wenn die katholische Kirche jetzt darauf verweist, dass primär die Täter Adressaten von Schadenersatzansprüchen sind, ist das an Zynismus nicht zu überbieten, handelt es sich doch meist um mittellose Kirchenmänner.**